

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Abgeordnete,
meine Damen und Herren!

„Zukunft ist kein Schicksal!“

Mit diesem Wort des Schriftstellers und Zukunftsforschers Robert Jungk begrüße ich Sie ganz herzlich zur letzten Kreistagssitzung des Jahres 2012. Heute bringen wir den Haushalt für das kommende Jahr ein, und wir wollen auch mit dem Haushaltsentwurf 2013 die Weichen für eine gute Zukunft des Rhein-Kreises Neuss stellen.

Einige Kreistagsabgeordnete haben im Vorfeld Kritik am Verfahren und der angeblich zu späten Information der Abgeordneten über den Haushaltsentwurf 2013 geäußert. Das neue von der rot-grünen Mehrheit im Landtag verabschiedete Umlagegenehmigungsgesetz zwingt jedoch zu diesem formalen Verfahren. Mindestens sechs Wochen bevor der Etat festgestellt und anschließend im Kreistag eingebracht wird, muss der Landrat die Städte und Gemeinden beteiligen. Schon **vor Erstellung des Haushaltsentwurfs** haben die Kommunen daher die Gelegenheit, sich zu den Plänen zu äußern. Erst dann wird der Etatentwurf aufgestellt und mit den möglichen Stellungnahmen der Städte und Gemeinden im Kreistag eingebracht.

In der Bürgermeister-Konferenz bin ich diesem zusätzlichen formalen Erfordernis nachgekommen.

Durch das festgeschriebene Verfahren werden die Kreistagsabgeordneten schlechter gestellt als die Städte und Gemeinden, die erst danach über das Beratungsergebnis und über die Eckdaten des Kreishaushaltes informiert werden.

Ich empfehle, die berechtigte Kritik an die Landtagsabgeordneten weiterzuleiten und auf Änderung zu drängen. Insofern können Sie heute, was den Prozent-Satz der Kreisumlage angeht, keine Überraschungen erwarten.

Meine Damen und Herren,
unsere Anstrengungen der letzten Jahre haben sich gelohnt. Der Rhein-Kreis Neuss kann sich in puncto Daseinsvorsorge und Lebensqualität sehen lassen und weist gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auf.

Wir sind außerdem weiter vorangekommen auf dem Weg der Entschuldung und damit zu mehr Generationengerechtigkeit. Es war nicht immer leicht, die Balance zwischen Investieren und Sparen zu halten. Umso mehr freue ich mich über die Bilanz der letzten Jahre.

Ich freue mich auch, Ihnen heute gemeinsam mit unserem Kämmerer erneut einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können. Der Gesamtetat für 2013 umfasst 386,7 Millionen Euro. Davon gehen einschließlich Landschaftsumlage allein schon rund 230 Millionen Euro - also rund 60 Prozent - in den Sozialbereich. Die Sozialaufwendungen im Kreishaushalt sind größer als die Einnahmen durch die Kreisumlage mit rund 212 Millionen Euro, die die Städte und Gemeinden im nächsten Jahr aufbringen müssen.

Mit einer deutlichen Senkung der Kreisumlage um 2 Prozentpunkte auf 40,9 Prozent, aber auch in absoluten Zahlen um 24 Millionen Euro von 236 auf 212 Millionen Euro, liegt Ihnen der heutige Haushaltsentwurf vor. Gemeinsam mit den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden müssen wir aber bedauerlicherweise feststellen, dass die Kommunen finanziell (vom Land) unterfinanziert

sind.

Im vergangenen Kreisausschuss hat Ihnen Kämmerer Ingolf Graul bereits mitgeteilt, dass wir auf Grund der 2. Modellrechnung des Landes mit einer halben Million Euro Verschlechterung gegenüber dem Ihnen jetzt vorliegenden Entwurf für den Kreishaushalt in die Beratungen gehen müssen.

Kaum etwas ist schwieriger als Politik ohne neue Schulden zu machen. Und dennoch haben wir unsere Schuldenlast von Anfang 2009 um rund **25 Millionen Euro** auf **63,4 Millionen** bis Ende 2012 gesenkt. Der Abbau der Schulden hat uns allein in diesem kurzen Zeitraum Zinsen von **3,4 Millionen** Euro jährlich gespart und Raum für Investitionen geschaffen. Im Entwurf des Haushaltes 2013 ist ein weiterer planmäßiger Schuldenabbau um 4,5 Millionen Euro auf rund 59 Millionen Euro geplant. Mit dem Schuldenabbau und den damit verbundenen Zinsersparnissen entlasten wir dauerhaft die Städte und Gemeinden bei der Kreisumlage und damit auch deren Haushalte.

Angesichts sprudelnder Steuereinnahmen von Bund, Land und Kommunen in diesem Jahr mit einem Höchstrekord von über 600 Milliarden Euro, scheint aber Sparen und Rückführung der Schulden bei vielen Volksvertretern auf Bundes- und Landesebene kein so wichtiges Ziel zu sein. So ist die zweifelhafte These zu hören, dass zusätzliche Schuldenaufnahmen von heute sogar die Haushalte von morgen entlasten werden. So zu hören von der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, bei der zwei von drei Landeshaushalten vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurden.

Was unsere Väter und Mütter schon von alters her wussten „**Spare in der Zeit, so hast du in der Not**“, scheint im besonderen

Maße nicht für die Landesregierung NRW zu gelten. Viele hatten bisher schon den Eindruck, als nehme die Landesregierung eines ausgeglichenen Haushaltes nicht allzu ernst. Denn zu mager sind die Einsparungen, die trotz Rekord-Steueraufkommens in diesem und im nächsten Jahr vorgesehen sind. Während einige Bundesländer einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können, andere sogar Altschulden abtragen, bürdet sich NRW in diesem Jahr trotz üppiger Steuereinnahmen noch einmal 4,2 Milliarden Euro neue Schulden auf. Damit wächst der Schuldenberg in NRW weiter auf rund 130 Milliarden Euro. Gleichzeitig werden den Städten und Gemeinden neue zusätzliche Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich, wie etwa bei dem Thema Inklusion auferlegt.

Und jetzt ist es sogar amtlich: Rot-Grün glaubt nicht daran, die Schuldenbremse einhalten zu können, die die Bundesländer verfassungsrechtlich dazu zwingt, ab 2020 keine neue Schulden mehr aufzunehmen und einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nachzulesen im Finanzbericht der Landesregierung.

Meine Damen und Herren, bevor ich mir von einigen Abgeordneten vorwerfen lassen muss, wir sind hier im Kreistag und nicht im Landtag, möchte ich sehr deutlich darauf hinweisen, dass diese - in meinen Augen - verantwortungslose Fortführung der Verschuldungspolitik im Land unsere kommunalen Haushalte und unsere Zukunft schwer und auf Dauer belasten werden. Dadurch fehlt dem Land die Zukunftsfähigkeit.

Wenn nicht jetzt, wann dann, will der Staat Schulden abbauen? – Welches psychologische Signal gibt die Landesregierung den bereits jetzt überschuldeten Kommunen, den Menschen und Unternehmen im Land, wenn sie den dringend notwendigen Konsolidierungsweg ohne große eigene Anstrengung verlässt und die verfassungsrechtliche Schuldenbremse infrage stellt?

Die Abundanzumlage, die ich schon in früheren Jahren gegeißelt habe, hat die Landesregierung weiter "auf dem Schirm". Damit werden gerade wir besonders belastet.

Meine Damen und Herren, der Blick auf die südeuropäischen Krisenstaaten und den Folgen staatlicher Schuldenberge müssen uns allen ein deutliches Warnsignal sein. Stärker denn je müssen wir daran denken, welche Folgen politische Entscheidungen von heute für das Leben künftiger Generationen in unserer Heimat haben.

Es darf kein Egoismus des Gegenwärtigen zu Lasten der Zukunft geben!

Der Rhein-Kreis Neuss sorgt mit dafür, dass auch künftige Generationen den nötigen finanziellen Spielraum haben, um neue Aufgaben zu bewältigen. Deshalb, meine Damen und Herren, führen wir die Verschuldung konsequent zurück. Das ist sicherlich nicht der bequemste und populärste Weg, aber der ehrlichste.

Nicht alles was wünschenswert ist, können wir uns heute leisten. Wir konzentrieren uns auf das vorrangig Notwendige.

Für mich ist es daher nicht nachvollziehbar, wenn der Landschaftsverband Rheinland neue Aufgaben ohne rechtliche Verpflichtung übernimmt und dauerhaft die Betriebskosten für die archäologische Zone in Köln mit jährlich erwarteten 5 bis 8 Millionen Euro tragen will. Nach ersten Berechnungen würde der Rhein-Kreis Neuss über die Landschaftsumlage zusätzlich mit jährlich rund 300 000 Euro belastet. 300 000 Euro, die unsere Städte und Gemeinden jährlich zusätzlich über die Kreisumlage aufbringen müssen, in einer Zeit, in der sie auf Grund des Sparzwangs eigene Kulturangebote aufgeben oder reduzieren müssen.

Noch einmal: Es geht hier nicht um die Qualität des Museumsprojektes oder die kulturpolitische Bedeutung. Das Projekt ist vielleicht wünschenswert, aber es passt nicht in die heutige Zeit, ein neues Museum zu bauen, wenn das Geld nicht einmal ausreicht, die bestehenden Häuser in Schuss zu halten. Auch hierin sind sich im übrigen Landrat, Bürgermeister und die Mehrheit im Kreistag einig.

Beschämend empfinde ich die Reaktionen von verantwortlichen Politikern im Landschaftsverband, die mit Blick auf die 5 bis 8 Millionen jährlichen Betriebskosten öffentlich den Eindruck erwecken, das seien doch Peanuts angesichts eines 3 Milliarden Euro umfassenden LVR-Haushaltes. Nachzulesen im Kölner Stadtanzeiger.

Während CDU, FDP und UWG/Die Aktive das Projekt auf Grund von Sparzwängen und dauerhaften Belastungen für die kommunalen Haushalte im Kreisausschuss ablehnten, haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen für den Museumsneubau in Köln unter dauerhafter finanzieller Beteiligung des Landschaftsverbandes stark gemacht. Wie will man das den Bürgermeistern und den Menschen in unseren Städten und Gemeinden erklären?.

Ich bin daher sehr gespannt, meine Damen und Herren, wie die Abgeordneten von Fraktionen, deren Kollegen im Landschaftsverband zur Gestaltungsmehrheit gehören, in der anstehenden Haushaltsdiskussion, die Notwendigkeit weiterer Sparmaßnahmen im Kreistag begründen werden, wenn sie andererseits in der Landschaftsversammlung dauerhafte Mehrbelastungen von rund 300 000 Euro für den Kreishaushalt und über die Kreisumlage für unsere Städten und Gemeinden beschließen.

Meine Damen und Herren,

ob Wirtschaftswachstum, Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger, Produktivität oder Exportquote – der Rhein-Kreis Neuss zählt zu den Top-Standorten in Deutschland. Gemeinsam in der Kreispolitik und mit unseren Städten und Gemeinden haben wir in den vergangenen Jahren weiter an den Grundlagen für Wachstum und Wohlstand im Rhein-Kreis Neuss gearbeitet.

Ganz oben auf der Erfolgsliste steht sicherlich auch die hervorragende Situation auf dem Arbeitsmarkt. Das ist natürlich in erster Linie ein Erfolg der innovativen Unternehmen und tüchtigen Beschäftigten, aber eben auch ein Erfolg unserer verlässlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die **Arbeitssuchenden-Quote** liegt kreisweit weiter auf einem sehr niedrigen Niveau von derzeit **5,8 Prozent**. Die Exportquote unserer heimischen Wirtschaft ist auf rund 55 Prozent gestiegen. Das macht sich bei den Menschen bemerkbar. Die **Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** ist auf rund **130.000** gestiegen. Und die Jugendarbeitslosigkeit ist dank vieler Ausbildungsstellen so gering wie lange nicht mehr.

Unser Dank gilt dafür vor allem den engagierten und erfolgreichen Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss mit qualifizierten und leistungsbereiten Arbeitskräften. Aber auch unsere wirtschafts- und beschäftigungsfreundliche Politik in der Kreisgemeinschaft hat ihren Anteil am Erfolg.

Mit seiner Produktivität gehörte der Rhein-Kreis Neuss zu den Top-5-Standorten in Nordrhein-Westfalen. Das geht aus der jüngsten Analyse des Statistischen Landesamtes zur Entwicklung der Wirtschaftsleistung hervor. Für den Rhein-Kreis Neuss wurde von den Statistikern von IT.NRW ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen von 73.767 Euro ermittelt. Das bedeutet im Vergleich

zu 2009 ein Plus von 2,4 Prozent **und Platz 1 unter den 31 Kreisen in NRW.**

Für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes ist es uns in der Regionalplanung gelungen, die Reduzierung der Gewerbegebiete zu verhindern; einen Gewerbeflächenüberhang von 350 Hektar hatte man uns bescheinigt.

Aber es gibt noch viel zu tun. Insbesondere das große Ziel, mehr Menschen aus Hartz IV in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir müssen für unsere älter werdende Gesellschaft vorsorgen, das gute Zusammenleben von Einheimischen und Migranten sichern und Integration weiter fördern, Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern und neue ermöglichen, und den sozialen Zusammenhalt zwischen Starken und Schwächeren bewahren. Diesen Herausforderungen stelle ich mich seit meinem Amtsantritt 2009 mit ganzer Kraft und Leidenschaft. Hier liegt auch der Ansatz, den Kreishaushalt und damit unsere Städte und Gemeinden zu entlasten. Unser Ziel muss sein, möglichst alle Menschen aus der Arbeitslosigkeit in Arbeit zu bringen. Das hilft den Betroffenen genauso wie uns beim Kreishaushalt.

Ein zweiter Punkt ist, die Kosten für die Hilfe zur Pflege zu begrenzen. Wir brauchen zurzeit keine neuen Pflegeheime mehr. Es fehlen die Bewohner und die Fachkräfte. Wir fordern – wie früher – hier die Bedarfsbestätigung durch den Kreis als Voraussetzung für die öffentliche Förderung einzuführen.

Trotz der seit 2009 bis jetzt noch stabilen Konjunktur ist die Haushaltssituation der kommunalen Familie - wie wir alle wissen - sehr schwierig. Dennoch haben wir in dieser Zeit ein deutliches Signal gesetzt, indem wir weiter in die Zukunft und in die Lebensqualität im Rhein-Kreis Neuss investiert haben:

Besonders in Sachen „Bildung und Qualifizierung“ sind unsere Investitionen ein deutliches Zeichen. Allein für die vier kreiseigenen Berufsbildungszentren haben wir von **2009 bis 2012 mehr als 33 Millionen Euro für die Aus- und Fortbildung der rund 10.000 Schülerinnen und Schüler** aufgewendet.

Unsere fünf **Förderschulen** haben im gleichen Zeitraum **22 Millionen** Euro aus dem Kreishaushalt erhalten, um Kinder und Jugendliche mit Förderbedarf oder Behinderungen zu unterstützen.

Wir haben viele Projekte auf dem Weg gebracht und umgesetzt.

Ich nenne hier stellvertretend nur:

- Bildungs- und Teilhabepaket
- Inklusion
- Job-Initiative
- Energielabor
- Sportinternat
- BBZ-Mensa-Neubau in Grevenbroich
- JobCenter-Umbau
- Archivneubau

Um das **Kindeswohl an die erste Stelle** zu setzen, möchte ich mit der Mehrheit im Kreistag auch künftig das Wahlrecht der Eltern beim Thema „Inklusion“ erhalten. Dieses Wahlrecht kann aber nur wahrgenommen werden, wenn es neben der Regelschule auch die Förderschule gibt.

Über **30 Millionen Euro** wurden in unsere **Kreiskrankenhäuser** in Grevenbroich und Dormagen gesteckt. Für diejenigen, die es noch nicht wissen: nicht aus dem Kreishaushalt, sondern aus dem Etat der Kreiskrankenhäuser. Das ist gut investiertes Geld: Durch das gerade vorgestellte Strukturgutachten im Bereich „Gesund-

heit/Krankenhaus“ und die so genannte KTQ-Zertifizierung iberlegt, dass sich unsere Rhein-Kreis Neuss Kliniken gut auf dem Markt behaupten können und beste Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft haben.

Wir gehen auch bei der **energetischen Sanierung** voran. Im Rahmen unseres Energiekonzepts haben wir seit 2009 allein mehr als **5,8 Millionen** Euro – davon **4,3 Millionen** Euro aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung – in die energetische Sanierung unserer Immobilien investiert.

Bei den betreffenden Kreisgebäuden konnte der **Kohlendioxid-Ausstoß** seit 2009 um etwa 848 Tonnen oder 20 Prozent, der Wärmeenergieverbrauch um rund 700.000 Kilowattstunden und der Stromverbrauch um 220.000 Kilowattstunden gesenkt werden.

Die **Verbände der freien Wohlfahrt** haben wir von 2009 bis 2012 mit mehr als **10 Millionen Euro** aus dem Kreishaushalt gefördert, um beispielsweise Hospizarbeit, Frauenhäuser, Integrationsprojekte, Schuldnerberatungen oder mobile soziale Dienste zu unterstützen. Und die bewährte Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden bleibt ein wichtiger Baustein unserer Sozialpolitik.

Das alles sind Signale, die für die Zukunftsfähigkeit unseres Rhein-Kreises Neuss stehen.

Unsere Einnahmen reichen aber dauerhaft nicht für die stetig wachsenden Sozialaufwendungen, die überwiegend gesetzlich vorgeschrieben und fremdbestimmt sind, beispielsweise die Unterkunft- und Heizkosten für die Bezieher von Hartz IV, die U3-Betreuung, oder die Kosten für Eingliederungshilfe von Menschen mit Behinderungen.

Große Sorgen bereiten auch die künftige Steuerung der Schullandschaft, wenn nach landespolitischen Zielen die Förderschulen reduziert und die Förderung von Schülern mit Behinderungen auch in den Regelschulen der Normalfall werden soll. Die Umsetzung und Finanzierung ist völlig unklar. Hier kommen ähnlich wie beim gesetzlich vorgeschriebenen U3-Ausbau neue Aufgaben und auch finanzielle Belastungen auf uns alle zu.

Die Einnahmen der Kommunen sind außerdem zunehmend starken Schwankungen unterworfen. Ursächlich hierfür sind auch die äußerst konjunkturabhängigen Gewerbesteuereinnahmen, mit rund 40 Prozent wichtigste kommunale Steuerquelle. Wenn sie wegbrechen, zeitgleich aber die Ausgaben im sozialen Bereich ungebremst weiter wachsen, ist das mehr als bitter.

Deshalb haben wir in der Bürgermeisterkonferenz gemeinsam gefordert, dass auf Bundes- und Landesebene weiter ernsthaft über eine Umgestaltung des kommunalen Finanzierungssystems diskutiert wird. Ziel kann nur sein, die kommunale Ebene dauerhaft zu entlasten. Für eine neue Finanzverfassung muss deshalb die Aufgabenteilung zwischen den drei staatlichen Ebenen überprüft und aufgabengerechte Verteilungsmaßstäbe zwischen Bund, Ländern und Kommunen normiert werden.

Meine Damen und Herren,

unser Ziel ist es auch weiterhin, sowohl den Haushalt zu konsolidieren als auch Investitionen zu tätigen. Und es ist für alle Kommunen, ganz gleich, wie gut oder schlecht ihre Finanzlage aussieht, eine höchst ungute Entwicklung, dass ihnen immer neue Aufgaben auferlegt, aber nicht die dafür erforderlichen Mittel zugestanden werden.

Denn um den berechtigten Erwartungen der Menschen zu genügen, muss eine Kommune mehr tun, als die Daseinsvorsorge zu garantieren. Hinter der Aufstellung unseres Haushalts steht also auch die Überlegung, was wir für unsere Bürgerinnen und Bürger, für unsere Städte und Gemeinden, für unsere heimische Wirtschaft und Unternehmen leisten können.

Kreistag und Verwaltung stehen zu Ihrer Verantwortung, das Beste für den Rhein-Kreis Neuss und seine Bevölkerung zu tun.

Gerade in schwierigen Zeiten bleibt auch die interkommunale Zusammenarbeit eine Aufgabe, mit der wir uns weiter intensiv beschäftigen müssen! Hier können Kosten gesenkt und gleichzeitig Qualität und Quantität der Leistung gesteigert werden. Das steht auch im rot-grünen Koalitionsvertrag. Bei der praktischen Umsetzung vor Ort blocken die Freunde dieser Landesregierung aber ab.

Diese Zusammenarbeit ist auch nötig, weil auf Dauer - nicht allein wegen der Kommunalfinanzen, sondern noch stärker wegen der demographischen Entwicklung – die Zahl der Arbeitskräfte auch im öffentlichen Dienst deutlich abnehmen wird.

Die Übernahme des Rechnungsprüfungsamtes in Korschenbroich und des Archivs der Gemeinde Rommerskirchen sind aktuelle Beispiele. Der Stadt Grevenbroich haben wir die Übernahme der Ausländerbehörde angeboten. Dort dauert die Entscheidungsfindung aber noch an.

Zukunftssichernde Politik braucht als Grundlage nicht zuletzt aber eine florierende lokale Wirtschaft. Prosperierende Unternehmen und ein attraktiver Wirtschaftsstandort bedeuten einfach beste Sozialpolitik. Und wir wollen möglichst viele Menschen in die Mitte

unserer Gesellschaft holen - auch die, die es schwerer haben als andere: von Langzeitarbeitslosen bis zu Menschen mit Behinderung. Deshalb werden wir auch kommunale Beschäftigungsprogramme anstreben, um mehr Menschen aus der Abhängigkeit staatlicher Leistungen zu bringen, hin zu einem selbstverantworteten und gestalteten Leben.

Meine Damen und Herren,

„Zukunft ist kein Schicksal!“ – Robert Jungks Aussage möchte ich hinzufügen, was Hans Lutz Merkle, langjähriger Chef des Stuttgarter Bosch-Konzerns, einmal gesagt hat:

„So sehen wir unsere Aufgabe nicht darin, das zu ernten, was wir gestern gesät haben, sondern zu säen, was wir morgen ernten werden.“

Lassen Sie uns die Zukunft in diesem Sinne weiterhin als Chance begreifen und uns gemeinsam mit aller Kraft unsere Fähigkeiten und Ideen für unseren Rhein-Kreis Neuss einsetzen - in Solidarität zu unseren Städten und Gemeinden und in Verantwortung für die hier lebenden Menschen.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, meinen Dank allen auszusprechen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren: Mitarbeitern, Amtsleitern, Dezernenten, meinem Allgemeinen Vertreter Jürgen Steinmetz und besonders unseren Kämmerer Ingolf Graul und der Kämmerei mit Christiana Rönicke an der Spitze.

Ich gebe das Wort an den Kreiskämmerer und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

